

kein mensch ist illegal

Reader

zu Bleiberecht, Abschiebung, ein Leben in der Illegalität
und (politischen) Interventionsmöglichkeiten.

Vorbereitung auf das Netzwerktreffen
in Osnabrück vom 25.11.-27.11.

Weitere Beiträge und Hinweise bitte an: openborder@riseup.net

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

Über Staatsbürgerschaft, Abschiebungen und Leben in der Illegalität. Oder auch: Warum wir diesen Reader schreiben und wo wir mit dem Netzwerktreffen hin wollen.

2. Best Practice Beispiele

Was wir aus bereits Erprobtem und der Vergangenheit lernen können.

2.1 Utopie in den Verhältnissen, die uns tagtäglich umgeben: Sanctuary Cities

2.2 Sans Papiers Bewegung der 90er Jahre in Frankreich

2.3 Selbstorganisation von Geflüchteten

2.4 Medibüros in Deutschland

3. Möglichkeiten der (Neu-)organisation des Zusammen-lebens.

Rechtliche Grauzonen, Gedankenexperimente und (unausgeschöpfte) Möglichkeiten solidarischen Zusammen-lebens.

3.1 Ehe und Vaterschaftsanerkennung. Das private ist politisch.

3.2 Job Sharing - Arbeitsplatzteilung.

Ein Gedankenexperiment.

3.3 Alternative Lebensideen als Bleibeperspektive für Geflüchtete Menschen

4. Politische Projekte der Zukunft?

Über Möglichkeiten der Übertragung von aktivistischen Projekten an anderen Orten nach Deutschland.

4.1 Sanctuary Cities in Deutschland.

Was braucht es in diesem Staat, um eine Stadt der Zuflucht zu werden?

4.2 Kommentar zu Sanctuary Cities

4.3 Alarm Phone Deutschland

1. Einleitung

Über Staatsbürgerschaft, Abschiebungen und Leben in der Illegalität. Oder auch: Warum wir diesen Reader schreiben und wo wir mit dem Netzwerktreffen hin wollen.

»Die Funktion von Abschiebungen besteht nicht darin, Einwanderung zu verhindern. Ihre Funktion besteht darin, die Ausweitung der Demokratie zu verhindern.«
Miltiadis Oulious (Blackbox Abschiebung)

Wer über die Verhinderung von Abschiebungen redet, kann über den Support von illegalisierten Menschen nicht schweigen. Denn aus der Verhinderung von Abschiebungen, und gerade aus der selbstbestimmten Entscheidung unterzutauchen, ergibt sich in einem modernen Staat wie Deutschland die Konsequenz ein Leben in Illegalität zu führen. Dies ist mit menschenunwürdigen Bedingungen und Lebensverhältnissen verknüpft, sind Menschen ohne Aufenthaltstitel oder Papiere schließlich ständig von der Gefahr einer möglichen Passkontrolle, sei es auf öffentlicher Straße oder in Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen, betroffen. Auf der Konferenz in Osnabrück soll es daher darum gehen, wie diese Grauzone der Illegalität durch den Support von Menschen, die das Privileg einer deutschen Staatsbürgerschaft und daraus erwachsende Ressourcen haben, erweitert werden kann, wie sich Netzwerke der Solidarität herausbilden können und wie

über die Vernetzung dieser eine Parallelstruktur zum öffentlichen System Asyl und Anerkennung aufgebaut werden kann.

Der Hintergrund der Konferenz ist dabei die Kritik am bestehenden System der Staatsbürgerschaft, in welcher die Gewährung von Asyl auch nur eine Ausnahme von der Regel bildet.

Das Konzept Staatsbürgerschaft ist in den vergangenen Jahrhunderten gewachsen und institutionalisiert worden und präsentiert sich heute als essentieller Bestandteil einer natürlichen Person. Mit der Ausweitung des politischen Systems der Nationalstaaten durch Kolonialisierung und Neokolonialisierung, erreichte dieses Konzept im vergangenen Jahrhundert eine hegemoniale Vormachtstellung, die eine alternative Organisation gesellschaftlichen Zusammenlebens unabhängig von Nationalität und Staatszugehörigkeit utopisch und unrealisierbar erscheinen lässt. In der Überzeugung, dass das Recht auf Bewegungsfreiheit und das Recht sich selbst den Ort aussuchen zu können, an dem mensch leben möchte fundamentale (Menschen)Rechte sind, ist für uns die Forderung eines Bleiberechts für Alle auch mit der Forderung „papers for all or no papers at all“, und damit mit einer intensiven Auseinandersetzung mit Staatsbürgerschaft und Illegalisierung verbunden.

Aus einer Staatsbürgerschaft ergeben sich in modernen Staaten verschiedene Rechte und Pflichten. Diese beschreiben dabei jedoch nicht nur bestimmte Rechte in Form von Ansprüchen auf etwas, sondern auch

elementare Schutz- und Abwehrrechte gegen die Willkürlichkeit von Staaten.

Das Asylrecht bildet dabei insofern eine Ausnahme von dieser Regel, als dass die Gewährung von Asyl oder die Anerkennung als Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, die Vermittlung von Rechten und Pflichten innerhalb eines Staates beschreibt; ohne auch automatisch eine Staatsbürgerschaft mit einzuschließen. Dieser Status kann einer Person (mittlerweile) jedoch auch entzogen werden (anders als die Staatsbürgerschaft, die nur freiwillig abgegeben werden kann) und geht mit partikularen Rechten und Pflichten einher und schafft somit Bürger_innen zweiter Klasse. Staatliche Willkür zeigt sich in diesem Zusammenhang in vielerlei Hinsicht: Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt nur für diejenigen, die eine Staatsbürgerschaft besitzen, die Staatsbürgerschaft wiederum erlangt mensch in aller Regel durch das Glück des Zufalls von Eltern mit der entsprechenden Staatsbürgerschaft geboren zu werden und in letzter Konsequenz schützt die Staatsbürgerschaft selbst wiederum die Privilegien derjenigen, die diese besitzen. Asylgesetze dienen vor diesem Hintergrund vor allem der Beschränkung von Einwanderung und der Legitimierung von Mitteln, Menschen vom jeweiligen Staatsterritorium, vom öffentlichen Leben und sozialen Zusammenhängen auszuschließen: Abschiebungen, Lager, Entrechtung.

Darüber hinaus bedeutet diese Unterteilung in citizens und non-citizens auch, dass Menschen, die weder den Schutz einer Staatsbürgerschaft, noch den Schutz eines

offiziellen Aufenthaltsstatus haben, dass sie der Willkürlichkeit eines Staates quasi rechtlos ausgeliefert sind. Verweigern sie sich dem Ausschlussverfahren des Staates, üblicherweise durchgeführt in Form einer Abschiebung, leben sie illegalisiert in einem Land und sind im öffentlichen Raum von der ständigen Möglichkeit des entdeckt-werdens durch (rassistische) Passkontrollen ausgeliefert. In der Vergangenheit gab es aus der Bewegungen der sans-papiers immer wieder Proteste, denen in dieser Broschüre ebenfalls Raum gegeben werden soll.

Für Deutschland gesprochen nimmt diese Unterteilung jedoch noch einmal besonders groteske Züge an.

Während die deutsche Gesellschaft sich im Sommer 2015 für eine Willkommenskultur feierte und Forderungen wie „Refugees Welcome“ und „Kein Mensch ist illegal“ salonfähig wurden, sind in den Parlamenten bereits Asylrechtsverschärfungen verabschiedet worden, die sowohl die Rechte von Asylsuchenden, als auch von Menschen mit Aufenthaltsstatus gravierend verschärften. Zwei Asylrechtsverschärfungen folgten dabei Schlag auf Schlag, Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Debatte und Auseinandersetzung darüber tangierten gegen Null.

Auch schon vor diesen Asylrechtsverschärfungen bestanden die Kategorien der „Sicheren Herkunftsländer“ und der „sicheren Drittstaaten“. Diese im Zusammenhang mit der Verschärfung von Auflagen und Pflichten von Asylsuchenden, sowie der Umkehrung des Grundsatzes „Im Zweifel für den Angeklagten“ zu

„Im Zweifel für den Staat“ bilden mittlerweile die Grundpfeiler eines Asylrechts, welches sich als in Paragraphen gegossene Menschenfeindlichkeit (Volker Maria Hügel) zusammenfassen lässt.

Für das Individuum bedeutet die Einrichtung sicherer Drittstaaten und sicherer Herkunftsländer, dass unabhängig vom konkreten Einzelfall und seinen individuellen Fluchtgründen entschieden wird und der individuelle Widerstand gegen diese Regelung über Einspruchserhebungen und Widersprüche wahnsinnig aufwendig und voraussetzungsvoll ist. Dieser Mechanismus entspringt dem politischen Kalkül, die Einwanderung in den reichen globalen Norden, in diesem Fall Deutschland zu beschränken und effektiv zu verhindern. Nicht zuletzt in den „Aufnahme und Rückführungseinrichtungen“ in Bayern, die laut Bayerns Landesministerpräsident zur „Konzentration von Menschen nach bestimmten Herkunftsländern“ dienen, kristallisiert sich dieses systematische politische Kalkül zu einer legitimierten Grausamkeit.

Auch wenn der Fokus von der Innenpolitik zur Außenpolitik gerichtet wird, so zeigt sich ein ähnliches Muster: Nach außen gibt sich Deutschland gerne weltoffen und tolerant, finanziert humanitäre „Hilfe“ in Krisenregionen und gibt sich international gerne sehr besorgt und sehr bemüht. Dass der hiesige Wohlstand jedoch zu großen Anteilen auf der Ausbeutung von Millionen Menschen des globalen Südens beruht und dieses Verhältnis durch neokoloniale politische Strukturen aufrechterhalten wird, wird dabei selten öffentlich debattiert. Gleichzeitig wird im Asylrecht nur

denjenigen Asyl gewährt, die aufgrund von politischer Verfolgung geflohen sind. Kein Anrecht auf Asyl haben all diejenigen, die durch wirtschaftliche Vernichtung lokaler Strukturen, Folgen des Klimawandels, Familienbeziehungen und Hoffnungslosigkeit ihr Zuhause verlassen haben, um an einem anderen Ort neu anzufangen. Vor diesem Hintergrund fällt auch der Schleier der Heuchelei, wenn es um die Unterteilung in „gute Kriegsflüchtlinge“ und „böse Wirtschaftsmigrant_innen“ geht. Denn wenn ein Mensch gezwungen ist sein Zuhause unfreiwillig zu verlassen, dann ist jede Flucht politisch, aus welchen Gründen auch immer dies geschehen ist.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass beim Konzept der Staatsbürgerschaft mit zweierlei Maß gemessen wird und sie ein Mechanismus ist, um Privilegien zu erhalten. Natürlich würden sich die Verhältnisse in Deutschland ändern, wenn alle Grenzen offen wären und das Konzept der Staatsbürgerschaft abgeschafft würde und natürlich müssten diejenigen, die von den derzeitigen Verhältnissen profitieren ihre Komfortzone verlassen und auf den Weg machen gemeinsame Lösungen zu finden. Dass dies unbequem und anstrengend ist, ist dabei selbsterklärend.

Dabei ist das Konzept der Staatsbürgerschaft keineswegs so natürlich wie es heute den Anschein hat. Erst im Verlauf der Französischen Revolution und nachfolgend im code civil (der die meisten Verfassungen westlicher Nationalstaaten maßgeblich beeinflusste) wurde das Konzept der Staatsbürgerschaft

zur dominanten Kategorie nach der sich Rechte und Pflichten bemaßen. Und auch in der Form des Erwerbs einer Staatsbürgerschaft besteht bis heute eine breite Varianz an Möglichkeiten. Vom Abstammungsprinzip über Geburtsortprinzip, Einbürgerung und Erwerb durch Erklärung sind dabei vielfältige Wege denk- und praktikierbar. Umso wichtiger ist es daher für uns, die gegebenen Umstände nicht als natürlich hinzunehmen, sondern radikal zu hinterfragen und deutlich zu machen, dass andere gesellschaftliche Organisationsformen möglich sind. Oder um es mit Noam Chomsky zu sagen: "If you assume that there is no hope, you guarantee that there will be no hope. If you assume that there is an instinct for freedom, that there are opportunities to change things, then there is a possibility that you can contribute to making a better world."

Auf den kommenden Seiten haben wir daher Beiträge gesammelt und geschrieben, um Diskussionen über Möglichkeiten und Wege die derzeitigen Verhältnisse zu verändern transparent und zugänglich zu machen. Dabei wird es um verschiedene Ebenen des Supports gehen: von konkreter Einzelfallhilfe über Netzwerke der Solidarität, Sanctuary Cities und bundesweite Vernetzung. Die Textarten sind dabei so unterschiedlich, wie wir alle es sind: von Zusammenschnitten aus Büchern, die uns inspiriert haben über Gedankenexperimente bis hin zu historischen und politischen Analysen. Wir freuen uns auf weitere Beiträge jeglicher Form und Ideen vor, während und nach der Konferenz und sind gespannt auf

eure Meinung, Kritik, Utopien und Strategien. Dieser Reader versteht sich längst nicht als abgeschlossen, sondern soll die Basis einer aufkommenden, und hoffentlich fruchtbaren, Diskussion bilden.

In Vorfreude auf das Netzwerktreffen,
Open Border Osnabrück.

Anmerkung zu Sprache: wir haben versucht, die Beiträge so leicht verständlich wie möglich zu schreiben. Dennoch sind wir uns bewusst, dass sowohl subkulturelle Codes, als auch sprachliche Barrieren Kommunikation erschweren. Da wir das Netzwerktreffen neben unseren sonstigen Tätigkeiten organisieren, fehlt uns leider manchmal die Zeit für wichtige Übersetzungen (insbesondere vom Englischen ins Deutsche und Andersherum). Für Anregungen, Übersetzungen von Texten (in jegliche Sprachen) und weitere Hinweise sind wir daher mehr als dankbar und würden uns sehr freuen, wenn ihr uns beim Abbau von sprachlichen Barrieren helfen könntet.

2. Best Practice Beispiele

Was wir aus bereits Erprobtem und der Vergangenheit lernen können.

Im Folgenden Abschnitt werden sowohl erfolgreiche, wie auch weniger erfolgreiche Beispiele und Protestformen der Vergangenheit vorgestellt. Dabei wird es sowohl um Sanctuary Cities als auch um Proteste der Sans Papiers Bewegung in den 90er Jahren gehen. Fragen, die uns beim Schreiben der Texte (auch) begleitet haben - und die wir gerne mit euch auf dem Netzwerktreffen diskutieren möchten -, sind: Inwiefern

sind die erfolgreichen Beispiele auch auf andere/deine Kontexte, Städte und Länder übertragbar? Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Verknüpfung aus Vergangenheit und Aktuellem? Inwiefern lassen sich erfolgreiche Protestformen miteinander verknüpfen? Was hat gut funktioniert und was nicht - und warum?

2.1. Utopie in den Verhältnissen, die uns tagtäglich umgeben: Sanctuary Cities

Das Sanctuary Movement entstand in den USA in den 1980er Jahren. Damals flohen fast 1 Million Menschen aus den Kriegszonen Mittelamerikas, vor allem aus El Salvador und Guatemala, über die US-amerikanische Grenze. Die Regierung Reagan unterstützte die Contras in Nicaragua, das Militär in El Salvador und die mordenden Paramilitärs in Guatemala - und sie verweigerte den Flüchtigen aus dieser Region das Asyl - mit Anerkennungsraten unter 3 Prozent. Viele wurden trotz aller Proteste eingesperrt und abgeschoben.¹

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das Sanctuary Movement an der Grenze zwischen Mexiko und Arizona, aber auch in Chicago, Philadelphia, Californien und Texas.

In 1980, Jim Corbett, Jim Dudley, John Fife and other residents of Tucson, Arizona, began providing legal, financial and material aid to Central American refugees. As Corbett recounts, the tradition of his Quaker faith and its involvement in the Underground Railroad

compelled him to take action. Gary Cook, associate pastor of the Central Presbyterian Church in Massillon, Ohio, cited the simple experience of personal interaction: „We’re a very conservative group of folks politically. But once we encountered the refugees face to face, we couldn’t justify not taking them in.“

Das Sanctuary Movement wurde im Kern durch mehr als 500 Kirchengemeinden getragen - unter ihnen „Lutherans, United Church of Christ, Roman Catholics, Presbyterians, Methodists, Baptists, Jews, Unitarian Universalists, Quakers, and Mennonites“.² Die Kirchen sind auch heute für uns wichtige Verbündete.

Aus dem Sanctuary Movement entwickelte sich in den Vereinigten Staaten und in Kanada im Lauf der Jahre ein Trend, der auf einem Zusammenwirken von örtlichen Initiativen und Stadtverwaltungen beruhte und in die Gründung von Sanctuary Cities mündete. Es gibt etwa 300 Cities, Counties und States, die die Festnahme und Ausweisung von Migrantinnen durch die Bundesbehörden nicht unterstützen, darunter Weltstädte wie Los Angeles und New York, Houston und Toronto.³ Dort haben die Stadträte bzw. Parlamente beschlossen, dem rassistischen Strom der Politik nicht zu folgen, Migrantinnen ohne Papiere nicht mehr zu

²Alle Zitate aus Wikipedia

³<http://cis.org/Sanctuary-Cities-Map> (Das CIS ist diesen Städten feindlich gesonnen, führt aber eine stets aktualisierte Liste. Der dort behauptete Anstieg der Kriminalität in den Sanctuary Cities wurde bereits in zahlreichen Untersuchungen widerlegt.)

¹https://en.wikipedia.org/wiki/Sanctuary_movement

verfolgen, ihre Papiere nicht zu kontrollieren, ihre Kinder zu beschulen, sie bei Krankheit zu unterstützen und bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit nicht zu behindern. Hier die Definition bei Wikipedia:

A sanctuary city is a city in the United States or Canada that adopts local policies designed to not prosecute people solely for being an illegal alien in the country in which they are currently living. These practices can be by law (de jure) or they can be by habit (de facto). The term generally applies to cities that do not allow municipal funds or resources to be used to enforce national immigration laws, usually by not allowing police or municipal employees to inquire about an individual's immigration status. The designation has no legal meaning.⁴

In Barcelona fordert die Stadtregierung unter Bürgermeisterin Ada Colau die Bildung eines europäischen Netzwerks von rebellischen sanctuary cities: Auch in Deutschland wird durch eine Vielzahl von Solidaritätsinitiativen die Überwindung von Grenzen, Unterschieden und Hierarchien alltäglich praktiziert.⁵ Sicherlich sind die Rahmenbedingungen andere als in

⁴https://en.wikipedia.org/wiki/Sanctuary_city

⁵BAUDER, MEZZADRA, in Zeit Online 04.08.2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/offene-grenzen-keine-grenzen-migration>. Harald Bauders Buch Migration, Borders, Freedom, ist soeben bei Routhledge erschienen.

den USA, wo die kommunalen Verwaltungen und die States eine größere Autonomie genießen als in Europa. Aber auch dort ist die de-facto-Situation wichtiger als die Rechtslage. Und es besteht auch hier ein kommunaler Gestaltungsraum. Das politische Klima in einer Stadt ist entscheidend: Toleranz, Respekt vor anderen Kulturen und Lebenswegen, Verzicht auf staatliche Gewaltakte und Polizeikontrollen würde jeder Stadt die auf sich hält gut zu Gesicht stehen. Wir sehen eine Chance, dass „Sanctuary City“, „Welcome City“, Stadt des Asyls und des Bleiberechts auch in Europa, von Barcelona bis Hamburg und von Calais bis Berlin, zu einem Begriff wird, der von den Migrantinnen und den Unterstützern, den Kirchen und den Initiativen mit Leben gefüllt werden muss.

2.2 Sans Papiers Bewegung der 90er Jahre in Frankreich

Im Folgenden handelt es sich um Ausschnitte aus dem Vorwort und dem Frankreich-Beitrag des 1999 vom No-Border-Network veröffentlichten Buchs Without Papers in Europe. Es ist überraschend, wie viele der Dinge, über die damals geschrieben wurde, nach dem Sommer der Migrationen wieder aktuell geworden sind.

Die Bewegung der Sans Papiers war für die damalige Szene, nach der Besetzung der Kirche St Berard durch mehr als 300 Migrantinnen ohne Papiere im Jahr 1996, einer der wichtigsten Orientierungspunkte für einen Kampf um Bleiberecht. Dabei ging es um die

Selbstorganisation der Migrantinnen und zugleich um die Rückkopplung zu „benachbarten“ sozialen Kontexten und Institutionen, eine Absicherung sozialer Orte bis in die „Mitte der Gesellschaft“ hinein.

Das Buch ist in Internet abrufbar:

<http://www.noborder.org/without/index.html>

Aus dem Vorwort:

„Making migration illegal“ tries to describe a state-regulated process. Today there are about 3 - 4,5 million people living within the European Union without any legal papers. More and more migrants are threatened by the loss of basic citizens' rights. This process is part of a wider strategy directed against all refugees and migrants, especially in Western Europe. In some countries, particularly in Germany, Austria and the Scandinavian countries, we are witnessing a drastic increase in the number of „illegal“ migrants. In other countries where, not so long ago, living without a passport did not mean the lack of all rights, it is becoming much harder to survive without any legal documents. In Great Britain, for example, undocumented migrants and refugees were once entitled to welfare payments. In the Netherlands, in France or Southern European countries, registration systems used to be rather slack, so that people without any papers also had access to the (legal) job and housing markets and to the public health and education systems.

Today, under the predominance of the Schengen States (especially Germany) and as an effect of the so-called harmonization process in the European Union, migrants

and refugees have to face much stricter controls and strategies of marginalization. A lot of people who have lived in Europe for decades (and some even all their lives) are being forced into the status of pariahs. Refugees and migrants trying to enter a country of the European Union today are more or less forced to cross the borders „illegally“, due to stricter visa requirements, the restriction of family reunions, and the so-called „safe country regulation“.

...

Due to that fact, more and more of the newly arriving migrants have to find ways of staying undocumented without any false or borrowed papers.

The lack of rights and the general situation without papers is a rather difficult one, especially for women and families with children. But for an increasing number of people it is the only alternative to deportation and a life of misery in their home countries. Illegal migrants and refugees are not a homogeneous group. They have one thing in common: no papers and no rights whatsoever. Apart from that, there are thousands of different stories, experiences and backgrounds leading to a life of „illegality“ in one of the European countries. Some of them are documented in this book. But as much as it is true that „being illegal“ is a very complex issue, it is also true that, in analyzing the process of making migration illegal, we find some of the most important contradictions and conflicts inherent in our societies. Due to that fact, more and more of the newly arriving migrants have to find ways of staying undocumented without any false or borrowed papers.

The lack of rights and the general situation without papers is a rather difficult one, especially for women and families with children. But for an increasing number of people it is the only alternative to deportation and a life of misery in their home countries. Illegal migrants and refugees are not a homogeneous group. They have one thing in common: no papers and no rights whatsoever. Apart from that, there are thousands of different stories, experiences and backgrounds leading to a life of „illegality“ in one of the European countries. Some of them are documented in this book. But as much as it is true that „being illegal“ is a very complex issue, it is also true that, in analyzing the process of making migration illegal, we find some of the most important contradictions and conflicts inherent in our societies.

Paris, March 1996: More than 300 refugees occupy a church to protest against their lack of rights and deportation. „Papers for all“ is one of their central demands. The movement of the „Sans Papiers“ is born and during the following months we become witnesses of one of the most impressive political struggles in the past decade in Europe.

At the beginning of the 90's, the struggle of Roma for their right to stay in Germany caused a sensation, while house-squatting in Italy by undocumented migrants won publicity. Again and again, people threatened by deportation sought refuge in churches and parishes. At the same time these protests and struggles were only

the public activities of much broader and usually „silent“ social networks. For the majority of migrants and refugees, networks and communities of relatives, friends and comrades were vital for their survival. When we talk about a new and dynamic process of political organization of illegal refugees and migrants within the past few years, not only in France, but also in Belgium, the Netherlands, Germany and other places, these struggles have all profited from the vigorous and persistent resistance of the movement „Sans Papiers“, which won wide and positive coverage all over Europe.

We consider the multinational collectives of the „Sans Papiers“ as the most well-developed political antipode to „Fortress Europe“ under the hegemony of the Schengen states. When we acknowledge that the struggle of the „Sans Papiers“ and of undocumented migrants in general is pioneering, it is for three reasons:

Making migration illegal and taking away basic human rights from refugees and migrants can be seen as the spearhead of a strategy of transforming the western capitalist world as a whole. Within the hierarchy of exploitation, undocumented workers are at the lowest level, one could even talk of new forms of bondage. The lowest wages, without social security benefits, provide not only for extra profit, but also serve as a threat and a means of disciplining all workers. Within the European Union we find different forms of capitalism, but for all countries it is true that the needs of the job market encourage attempts by the state to regulate migration,

especially illegal migration. At the same time we can see the destruction of the welfare state as a whole and an attack against minimal living wages and the basis of people's livelihood.

...

We need to develop a political approach that would come close to what the „Sans Papiers“ in France have called a „movement of the ones without“: without papers, without a job, without income. Activists of the Sans Papiers, together with representatives of unions and unemployed organisations in France, have been trying to build new coalitions between the different social movements. They invite each other to their conferences and meetings, discuss and make demands together and support each other at demonstrations and public activities. The attempt to resolve constructed identities can only be successful if these comprehensive social and political initiatives can be further developed.

Migration as such is confronting the Western World with the worldwide system of exploitation and oppression caused in part by the politics of the European Union. ...Migration to the European Union can be seen as a direct result of the worldwide processes of destruction and expulsion, the programs of the IMF and World Bank, and the oppression and civil wars caused by dictatorships and military governments that are often backed by the Western World. At the same time, migration reveals an offensive aspect, since more and more people come here to fight for the right to exist and for a better income. Refugee movements are, in

most European countries, a phenomenon of the 80's. Solidarity and support campaigns by the left have a rather short and changeable history. Those who expected the refugees to turn out as the better human beings, or even as the new revolutionaries, were soon disappointed. This picture was rather a functionalistic one or was mixed with positive racist projections. But the motivation for the anti-racist movement and support projects should not amount to purely moral obligations. Even if the poor, the old, and families often fail to come to Europe due to the increasing risks and costs of the long journey, the migration movement gives expression to the general demand for a better livelihood. Transfers of money back to the families in the home countries and the development of chains of migration by family reunions are quite common today.

Therefore, migration as such has an egalitarian character, because an important mechanism of exploitation is being undermined, even attacked. All that with a greater or lesser degree of success.

...

Aus dem Frankreich-Kapitel:

To set an end to this insufferable situation of having no rights of any kind, a group of African men, women and children decided to emerge from the shadows. On the 18 March 1996 they occupied the Church of St. Ambrose in Paris, to the general amazement even of the groups specializing in immigrant issues. They came from the African workers' hostels in Montreuil, a Parisian suburb where the immigrants had been practising a kind of self-administration for years. The

initial group thus consisted of people who knew each other and had no papers for various reasons, parents of children with French citizenship, rejected asylum-seekers, single persons. After earlier failed attempts to achieve something with the help of SOS Racisme and others through individual claims, they now decided to gain the government's attention by acting together. They pinned their hopes on the fact that Jacques Chirac had been elected to the presidency in 1995 after making the „fracture sociale“, the social division in society, a major theme in his election campaign - perhaps he could do something for them.

The Sans Papiers were hardly inside the church when radio and television stations were at the door, and the church became a rallying point for Sans Papiers, amongst them their future spokesman and -woman, Ababacar Diop and Madjiguène Cissé. The humanitarian organization Médecins du Monde was first on the site and informed committed groups such as Droits Devant!, a street people's organization, which played a major role in the mobilization of prominent supporters. Léon Schwarzenberg, Albert Jacquard, Monseigneur Gaillot and many others stood by the Sans Papiers, then and now.

As more and more people, French as well as immigrant, wanted to take part in the occupation of the church, it was decided to limit the occupying group to 300 Sans Papiers, above all black Africans from Mali, Senegal and Mauretania. The church hierarchy under Cardinal Lustiger denounced the occupation as „manipulated“ and indicated, indirectly, support for eviction by the

police, which promptly followed. The Africans found themselves on the street again. But the pictures of Africans wandering round the Paris streets awakened memories of the exodus of war refugees in Africa (the drama in Ruanda was unforgotten) and caused an outrage in the media and public opinion generally.

Humanitarian organizations, the radical left and several trade unions, as well as numerous public names, came to the support of the Sans Papiers. The Communist Party and members of the Socialist Party also joined the movement.

Even more remarkable was the fact that thousands of ordinary citizens from all walks of life spontaneously offered help. This solidarity was evident too in the opinion polls, according to which 53 % of all French sympathized with the Sans Papiers movement. A situation which reminded one, not by chance, of the popularity of the social agitation from November to December 1995, when the strikes which had paralyzed public transport in protest at the social insurance reform gained widespread support, even though they seriously disturbed everyday life. The rejection of government policy found expression at that time in a kind of authorization of the strikers, and the campaign of the Sans Papiers following three months later was seen as a welcome continuation of the social agitation. The Sans Papiers evicted by the police were therefore logically provided with accommodation in the LCR bookshop (a Trotskyist organization), on the premises of the postal trade union Sud-PTT and those of the Droits

Devants! Group, and then long-term in the empty rooms of the SNCF Railways in the Rue Pajol (18. Arrondissement), which had been allocated to them by railway workers in the CFDT union.

Papers for all

The Sans Papiers movement which was now evolving accepted this support gratefully but insisted on the autonomy of its campaign. They did not want others to speak in their name or act as their spokesmen with the authorities or media. In fact, contradictions soon became obvious: some groups made their support dependent on certain conditions. SOS Racisme, for example, wanted only to help parents of children with French citizenship and demand for them the right to family life. To this attempt to split the movement, Madjiguène Cissé replied with her special knack for hard-hitting words: „Some people demand the right to live as families. We however simply demand the right to live!“

weiterlesen unter

<http://www.noborder.org/without/france.html#sixteen>

Weitere Links zum Thema

Zeitschrift der Sans Papiers aktuell:

<http://sanspapiers.info/>

Eine Initiative in Basel:

<http://www.sans-papiers.ch/index.php?id=161>

Zur Schätzung der Zahlen nicht registrierter Migrantinnen 2015:

http://irregular-migration.net/fileadmin/irregular-migration/dateien/4.Background_Information/4.5.Update_Reports/Vogel_2015_Update_report_Germany_2014_fin-.pdf

Info zur Sans Papiers in BRD:

<https://mediendienst-integration.de/migration/sans-papiers.html>

Sans Papiers aus afrikanischer Sicht:

<http://newafricanmagazine.com/sans-papiers/>

2.3 Selbstorganisierung von Geflüchteten

Das Ziel politischer "AntiRa"-Arbeit kann nur die Unterstützung selbstorganisierter Initiativen und Proteste sein. Weiße Menschen mit mitteleuropäischem Pass können nicht wissen, was Menschen in dieser Lage in diesem Land brauchen und nicht deklarieren, wofür gekämpft werden muss. Was sie allerdings können ist, ihre Privilegien und Ressourcen so einsetzen, das sich die Lebensrealität für geflüchtete* migrierte* Menschen verbessert.

Eines dieser Privilegien ist Aufmerksamkeit und Medienwirksamkeit, die nicht den selbstorganisierten Protesten, sondern weißen Aktivist*innen zukommt. In diesem Fall kommt es nicht darauf an, Sprachrohr zu sein, sondern das Megaphone abzugeben.

Eigene Plattformen können und müssen für die Verbreitung der Forderungen und Bedürfnisse geflüchteter Menschen genutzt werden - immer dann, wenn dies im Einklang mit ihnen ist.

Auch bei der humanitären Hilfe, die in einigen Fällen geleistet werden muss, weil der Staat an dieser Stelle allzu häufig versagt, kommt es darauf an, zu erfragen, was gerade gebraucht wird. Fliehende*Geflüchtete Menschen sind nicht passive Empfänger*innen von Charity sondern Subjekte, die Ressourcen, die rassistische Systeme ihnen verwehren, einfordern. Bei der Unterstützung von Sans-Papiers sollten genau diese Maxime gelten.

Selbstorganisierte Initiativen von Geflüchteten gibt es einige: Oplatz Berlin, Lampedusa in Hamburg und Hanau, Refugee Protest Camp Hannover, International Women Space, NoLager Osnabrück....

Zum Beispiel auf www.oplatz.net könnt ihr euch weiter informieren, findet Gruppen, Projekte, Kampagnen, News.

Im Folgenden findet ihr einzelne Projekte, aktuelle Kampagnen und Kontaktmöglichkeiten für einzelne Gruppen (Kein Anspruch auf Vollständigkeit!)

Die Texte wurden von den jeweiligen Homepages kopiert.

The Voice Refugee Forum

Jena - Thüringen - Berlin - Göttingen - Baden-Württemberg - Sachsen-Anhalt founded 1994 in the former Refugee Isolation Camp Mühlhausen /Thüringen

Member in the CARAVAN for the Rights of Refugees and Migrants

<http://thevoiceforum.org>

We, The VOICE Refugee Forum, are groups of human rights and Political activists that have been actively engaged publicly in protesting the inhumane situation of refugees since 1994 in Thuringen and Germany as a whole. The members are actively engaged in supporting persecuted human rights activists here in Germany and in their home countries.

1. Protesting human rights abuses in the home countries of refugees/migrants and in Germany.
2. Against Deportation and deportation threats of refugees and migrants
3. Against the social exclusion of refugees and migrants.

4. Against the daily racism by the authorities and the public.
5. Against racist controls and police brutality on refugees and migrants.
6. For the abolition of deportation prisons and detention centres/camps.
7. For the universal rights for freedom of movement which is violated in Germany by deportation and deportation threats, and by the imposition of the so-called "Residenzpflicht", the restriction of the movement of refugees to their "landkreis" or local districts.
9. For the Promotion of the living conditions of refugees in Germany.

What does The VOICE continuously stand for?

Reclaim the Agenda - Break isolation of refugees:

Years of experience in the struggle against social exclusion of refugees in isolation camps – numerous campaigns for the closure of isolation camps – successful closure of refugee Isolation camps in Germany

Fight against deportation:

Publicity – campaigns for single persons – support of single persons – campaign against the collaboration of embassies in deportation hearings – scandalizing of deportation as racism and human rights' abuse – Fight for abolition of residential obligation (Residenzpflicht) – campaigns – demonstrations – civil disobedience – legal struggles

Awareness campaigns:

Racism – exclusion – discrimination – isolation – colonialism – colonial injustice – criminalisation – persecution of refugees in their home countries and here in Germany

Public Political Protest:

Rallies, tours, demonstration, internet activism

Selforganisation of refugees:

Meetings for networking – larger delegations – press work – support of refugees in their struggles for their rights – community exchange – online network news – support of infrastructure and means of communication

Promotion and support of selforganisation Germany-wide:

Thüringen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bayern ...

Help to overcome social isolation with personal support and delegations to refugee lagers

We need your support!

Donations:

Förderverein The VOICE e.V.

Konto: 127829

BLZ: 26050001

Source: https://www.facebook.com/TheVoiceRefugeeForum/about/?ref=page_internal

We!R - We are born free! Empowerment Radio

Wearebornfree! Empowerment Radio is a radio programm organized by Refugees & Friends to empower each other.

The current situation of refugees in Germany and Europe requires us to rethink political strategies. The current wave of welcoming culture is very important in order to show alternatives to the racist hatred that is getting stronger each day. At the same time this wave comes exactly at the time when our refugee movement has become very weak to almost not-existing. The so-called civil society chooses to be in the helping position instead of supporting self organized refugee resistance. This is a step back, it puts us back to being the helped, supposedly passive, object while the helpers are becoming a new lobby.

How can we deal with these developments? How can we come out of the watching, the passive position, back into the acting, pro-active, demanding one? How to organize protest against the horrible law changes which are not (much) considered by helpers and white charity?

It serves as a platform for refugees and other marginalized people like women, children, LGBTIQ, Black people and People of Color and others. We!R will also be a network to reach those we cannot reach through street protests politically, socially, culturally and economically.

Frequency: Wearebornfree! Empowerment Radio on reboot.fm on UKW 88,4 MhZ in Berlin and UKW 90.6 MhZ in Potsdam

Source: <http://www.wer.oplatz.net>

Daily Resistance Newspaper

It is a newspaper published and written by people, so-called refugees, who don't accept their disfranchisement by the German state. They write about their fight and share their opinions to reach out to people who are in the same situation.

It will be published on a continuous basis. [...]

The authors and publishers are actively fighting against the criminal German state and the establishment suiting themselves. You can join and contribute to the newspaper as an author or join as translator, lecturer, editor, photographer, distributor, ... get in contact with us: dailyresistance@oplatz.net

Source: <http://dailyresistance.oplatz.net/the-first-issue-of-the-newspaper-daily-resistance-is-now-out/>

Refugees Struggle For Freedom - We Will Rise Protest March 2016

Wir sind selbstorganisierte Geflüchtete (Refugee Struggle for Freedom) und demonstrieren seit dem 7ten September 2016 am Sendlinger Tor Platz. 80-120 von uns sind seitdem immer dort, insgesamt sind wir ca. 300 namentlich genannte geflüchtete Menschen. Wir planen einen Protestmarsch von München nach Nürnberg. Der Zeitraum dieses Marsches ist vom 8ten bis zum 22ten Oktober.

Wir sind Geflüchtete aus verschiedenen Ländern, die in Deutschland diskriminiert werden. Wir haben unser Leben aufgrund politischer und religiöser Konflikte, Unmenschlichkeit und Diskriminierung riskiert, um hier zu sein. Wir waren gezwungen unsere Herkunftsländer auf der Flucht vor Korruption und Terrorismus zu verlassen. Viele unserer Brüder und Schwestern sind auf dem Weg durch die Wüste oder im

Meer gestorben oder von Grenzpolizisten erschossen worden. Wir haben die Kultur unserer Familien hinter uns gelassen, alles um in westlichen Ländern sicher zu sein. Aber hier leben wir jetzt unter unmenschlichen Bedingungen. Lager sind moderne Gefängnisse ohne Bewegungsfreiheit, ohne die Möglichkeit Geld zu verdienen oder etwas zu lernen und ohne die Chance, Teil der Gesellschaft zu sein. Der Grund ist, dass Länder, wie Afghanistan, Pakistan, Senegal, Gambia und viele andere als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Weil unser Leben nichts zählt in dieser Welt!

Wir protestieren, um unsere grundlegenden Menschenrechte zu bekommen. Und wir protestieren, weil jedes Leben zählen sollte. Die Forderungen unseres Protestes sind das Bleiberecht, das Recht zu arbeiten und zu lernen oder ausgebildet zu werden, sowie unsere Bewegungsfreiheit. Als selbst organisierte Protestgruppe sind wir mittellos, da die Deckung der Grundbedürfnisse viel kostet und wir den Protest ohne dies nicht fortsetzen können. Hiermit bitten wir alle Organisationen, die unsere Forderungen und unseren Protest unterstützen, sich solidarisch zu zeigen. Wenn ihr sagt hier ist kein Platz für Rassismus, müsst ihr auch uns unterstützen, um es zu ermöglichen, dass unser Protest die grundlegenden Menschenrechte erkämpfen kann.

BECAUSE EVERY LIFE SHOULD MATTER AND WE WILL RISE!

Spendenkonto und e-Mail-Kontakt für Nachfragen:
Account Name: Refugee Struggle for Freedom
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE 97 4306 0967 8229 1322 00
protestmarch2016@riseup.net

Source: <https://refugeestruggle.org/de/article/aufruf-zur-finanziellen-unterstuetzung-des-protestmarsches>

IN UNSEREN EIGENEN WORTEN

Geflüchtete Frauen in Deutschland erzählen von ihren Erfahrungen

Wir – die Aktivistinnen vom International Women Space (IWS) – hatten es uns 2013 als Aufgabe gesetzt, die Lebensgeschichten von geflüchteten Frauen in Deutschland zu dokumentieren. Wir näherten uns dem Projekt mit Hilfe der lateinamerikanischen Tradition der Testimonial-Literatur an – dabei immer mit dem Blick darauf, die Stimme der Stimmlosen zu verstärken.

“Im Gegensatz zum konventionellen Schreiben über koloniale Situationen, welches in den Zentren der globalen Macht und in der Nähe des Scheitelpunkt des Klassengegensatzes stattfindet, werden die Werke der Testimonial-Literatur von den Subalternen an der Peripherie oder den Rändern der kolonialen Situation geschrieben. Das bedeutet, dass die Ränder des Imperiums nun “zurückschreiben”, um in einem überfälligen Versuch den westlichen Kanon und dessen Version von “Wahrheit” zu korrigieren. George Yuidice hat die Testimonial-Literatur als authentisches Narrativ definiert, welches von der Zeugin erzählt wird, die aus der Dringlichkeit der Situation (wie z.B. Krieg, Unterdrückung, Revolution, usw.) heraus spricht.” Voices for the Voiceless

Zwei Jahre nachdem sich viele über ihre Geschichten miteinander ausgetauscht haben und viele Frauen kollektiv an diesem Projekt gearbeitet haben, freut sich der IWS die Veröffentlichung von IN UNSEREN EIGENEN WORTEN bekannt geben zu können. Das Buch enthält Text von und über Frauen und beinhaltet zehn Testimonials von geflüchteten Frauen in Deutschland: Frauen, die migrieren hätten können, aber denen keine Visa ausgestellt wurden. Frauen, die in ihren eigenen Regionen zu Geflüchteten wurden, bevor sie versuchten über die tödlichen Routen nach Europa zu

kommen. Frauen, die vor Krieg, Armut und Umweltkatastrophen fliehen, welche durch die Gier von Unternehmen erzeugt werden; Frauen, die der Verfolgung entfliehen müssen, da sie nicht dem Geschlecht entsprechen, welches ihnen bei ihrer Geburt zugeteilt wurde. Frauen, die vor ihren eigenen Familien weglaufen müssen, da sie nicht die durch das Patriarchat verursachte häusliche Gewalt akzeptieren.

IN UNSEREN EIGENEN WORTEN dokumentiert mutige Frauen, die gegen schwierige Realitäten gekämpft haben, wir sind sicher, das wird uns alle in unserem Kampf für Emanzipation inspirieren. Die Wahl des Veröffentlichungsdatum, der 25. November geschieht nicht zufällig – es ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Gewalt, insbesondere gegen Frauen und aufgrund von geschlechtsbezogener Verfolgung, sowie die Möglichkeiten, die Frauen finden, um diese Unterdrückungsmechanismen zu überleben sind die gemeinsamen Themen der Lebenserfahrungen, die in diesem Buch aufgezeigt werden. Eine der Hauptforderungen des IWS ist es, dass Frauen das Recht auf Asyl aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung zugestanden wird, ohne Angst vor Deportation haben zu müssen.

The International Women Space ist eine feministische, politisch Gruppe, organisiert von Migrantinnen und geflüchteten Frauen in Deutschland. Sie wurde 2012 mit der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin, Kreuzberg gegründet. IWS fordert dominante Wissensstrukturen heraus und kämpft gegen diskriminierende Politiken und Praktiken, die der Emanzipation von geflüchteten Frauen, Migrantinnen und allen Frauen entgegen stehen.

Spenden an:

Kreditinstitut: Postbank

IBAN: DE 39 1001 0010 0842 0191 17

BIC: PBNKDEFF

Source: <https://iwspace.wordpress.com/in-unseren-eigenen-worten/>

(Hier könnt ihr das Buch auch bestellen!)

2.4 Medibüros in Deutschland

Gesundheit für Geflüchtete! Medibüros und Medinetze setzen sich politisch und praktisch für das Recht auf Gesundheitsversorgung für alle Migrant*innen ein

Medibüros und Medinetze, oder Medizinische Flüchtlingshilfen, sind unentgeltlich arbeitende Vermittlungsstellen, die an 34 Standorten in Deutschland tätig sind. Migrant*innen und Geflüchtete werden – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, d.h. oftmals auch Papierlose – in medizinische Behandlung vermittelt, da sie aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) oder durch andere unregelmäßige Krankenversorgung keine notwendige Versorgung im regulären Gesundheitssystem erhalten. Die Vermittlung erfolgt über Sprechstunden, und über ein Netzwerk von 500 bis 1000 Ärzt*innen, Krankenhäusern und weiteren Leistungserbringern im Gesundheitswesen, die kostenlose oder sehr kostengünstige Behandlungen durchführen.

Seit vielen Jahren arbeiten Medinetze/Medibüros an ihrem politischen Ziel sich selbst abzuschaffen, da sie die Verlagerung der staatlichen Aufgaben in das Ehrenamt kritisch bewerten.⁶ Es wurden lokale Konzepte entworfen und Pilotprojekte initiiert, die den Zugang aller Menschen zur notwendigen Gesundheitsversorgung vonseiten der zuständigen Städte oder Länder sicherstellen sollen. Beispielsweise werden in Hannover, Göttingen und Düsseldorf derzeit verschieden ausgestaltete „Anonymisierte Krankenscheine“ ausgegeben, die es Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus ermöglichen sollen, eine weitgehend regulär gesicherte medizinische Behandlung – ohne Angst vor Abschiebung – wahrnehmen zu können.

Die Arbeit ist geprägt von politisch gewollten oder bewusst offen gelassenen Versorgungslücken. Die gesetzlich festgeschriebene Minimalversorgung macht die Medinetze/Medibüros bedauerlicherweise auch in absehbarer Zeit notwendig. Deshalb setzten sich die Medibüros/Medinetze dafür ein, diskriminierende Gesetze wie das AsylbLG, insbesondere die §§ 4, 6 für die medizinische Versorgung und den §87 AufenthG, Übermittlungspflicht der Daten an die Ausländerbehörde abzuschaffen. Alle Menschen, die sich in Deutschland aufhalten,

müssen die notwendige und rechtlich garantierte Gesundheitsversorgung erhalten so, wie es den menschenrechtlichen Verpflichtungen entspricht, die Deutschland seit den 1960er Jahren eingegangen ist.

Seit etwa zwei Jahren arbeiten Mitarbeitende verschiedener Medinetze/Medibüros auf Bundesebene zusammen um in der Politik und Öffentlichkeit auf die Missstände der Gesundheitsversorgung von immigrierten und geflohenen Personen verstärkt aufmerksam zu machen.

Im Rahmen dieser bundesweiten Arbeitsgruppe namens „Gesundheit für Geflüchtete Kampagne von Medibüros/Medinetzen“ wurde Anfang des Jahres 2016 eine Informationsseite zur Gesundheitsversorgung Geflüchteter erarbeitet: <http://gesundheit-gefluechtete.info>. Diese richtete sich insbesondere an alle Akteure des Gesundheitswesens, Praktiker*innen und Politiker*innen. Die aktuellen Entwicklungen und Umsetzungsschritte der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete werden separat pro Bundesland auf der Plattform dokumentiert, als auch juristische und praktische Grundlagen des Versorgungszugangs- und -umfangs beschrieben. Ziel ist es mit dieser Plattform den aktuellen Stand der Versorgungslage darzustellen, Mythen der komplexen Abläufe auszuräumen und gute Praxisbeispiele aufzuzeigen.

⁶Das Medibüro Berlin hat im April ihr 20-jähriges Bestehen mit dem Titel „Es ist uns keine Ehre! 20 Jahre Medibüro Berlin- Ein Anlass zum Streiten und zum Feiern“ öffentlich gemacht.

3. Möglichkeiten der (Neu-)organisation des Zusammenlebens.

Rechtliche Grauzonen, Gedankenexperimente und (unausgeschöpfte) Möglichkeiten solidarischen Zusammenlebens.

Im Folgenden Abschnitt soll es um vorhandene (rechtliche) Grauzonen und Schlupfwinkel gehen, die in Einzelfällen sinnvolle Mittel sein können, um einer Abschiebung entgegenzuwirken.

3.1 Ehe und Vaterschaftsanerkennung. Das private ist politisch.

Die Institution Ehe steht nicht nur in Deutschland unter besonderem rechtlichen Schutz. Durch eine Heirat kann eine Abschiebung dauerhaft verhindert und die Bleibeperspektive eröffnet werden. Menschen mit einem nicht sicheren oder gar keinem Aufenthaltsstatus können sich nach der Eheschließung mit einer*in deutschen Staatsbürger*in in Deutschland bewegen und bekommen eine Arbeitserlaubnis. Dabei ist es ganz egal, ob es sich um eine „eingetragene Lebenspartnerschaft“ oder eine „Ehe“ handelt.

Ehe kann Privatsache sein. Sie kann aber auch eine politische Aktionsform sein und auch als solche geführt werden. Wenn sich zwei Menschen entschließen, zu heiraten, können sie durch Freund*innen nicht nur durch den gesamten bürokratischen Prozess begleitet, sondern auch die kommenden Jahre emotional und organisatorisch unterstützt werden, sodass eventuelle

Belastungen von mehreren Menschen getragen und bewältigt werden können.

Im Falle deutsch-deutscher Partner*innenschaften wird allseits die Privatsphäre betont. Wenn es sich allerdings um die Verpartnerung mit nicht-deutschen Personen handelt, wird dieses Maxim konsequent umgekehrt: Nicht nur muss der Grund der Heirat „glaubwürdig belegt“, die Liebe zwischen zwei Menschen also bewiesen werden, indem sie ihr Privatleben vor der deutschen Bürokratie offen legen und beurteilen lassen. Auch muss während der Ehe damit gerechnet werden, dass das BAMF unangekündigt zur Überprüfung der „Echtheit“ der Ehe aufkreuzt - unter Umständen gerufen von Nachbar*innen die eine Scheinehe vermuten und vor den Behörden petzen.

Der Staat bestimmt hier, wie eine Partner*innenschaft zu führen ist.

Die Definition dieser ist abhängig von den jeweiligen Angestellten, die Kontrollen können strikter und weniger strikt ausfallen.

Deswegen muss eine Eheschließung und -führung gut vorbereitet werden. Es kann zum Beispiel hilfreich sein, den gleichen Wohnsitz anzumelden (und auch in der gleichen Wohnung zu wohnen), die mit „Liebesbeweisen“, wie Fotos etc. ausgeschmückt ist. In diesem Fall kann es sinnvoll sein, mit vielen unterstützenden Menschen in einem Haus zusammen zu wohnen und sich gegenseitig zu unterstützen und zu schützen.

Eine Ehe muss mindestens 3 Jahre dauern, damit die nicht-deutsche Person eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis bekommt. Davon kann das letzte in Trennung verlebt werden.

Praktischen Tipps und (rechtliche) Infos findet ihr auf www.schutzehe.com.

Neben der Eheschließung bietet die bürgerliche Kleinfamilie eine zweite Möglichkeit, den Aufenthaltsstatus zu sichern: Die Vaterschaftsanerkennung.

Es ist gesetzlich verboten, die Echtheit einer Vaterschaft zu überprüfen. Das bedeutet: Wenn ein Kind geboren wurde / bald geboren wird und sich noch kein offizieller Vater gemeldet hat, ist es einer Person, in deren Pass „männlich“ als Geschlecht vermerkt ist, möglich, die Vaterschaft anzuerkennen, ohne dass dies angezweifelt werden kann.

Wenn nun also das Bleiberecht von Mutter und Kind in Gefahr steht, könnte eine deutsche, „männliche“ Person das Kind anerkennen und damit den Aufenthalt von Mutter und dem nun deutschen Kind sichern. Anders herum ist das auch möglich, die Behörden umgehen hier aber eher das Überprüfungsverbot.

Wenn die Kindesmutter schon andere Kinder hat, bekommen auch diese eine Aufenthaltserlaubnis. Genauso wie der offizielle Vater der anderen Kinder, wodurch ganze Familien einen sichereren Status in Deutschland erlangen können.

Wie die Vaterschaftsanerkennung funktioniert, welche Hürden es gibt, wie ihr euch am besten vorbereitet könnt ihr erfahren, wenn ihr eine verschlüsselte Mail an patriarsch@riseup.net schreibt.

3.2 Job Sharing - Arbeitsplatzteilung.

Ein Gedankenexperiment.

Eigentlich ist Job Sharing ein neokapitalistisches Teilzeitarbeitsmodell: Eine Vollzeitstelle wird mit zwei oder mehr Personen besetzt, die sich Arbeit und Gehalt eigenverantwortlich teilen. Dabei entsteht natürlich einiges mehr an Kommunikations- und Organisationsaufwand, aber auch symbiotische Effekte aus der direkten Zusammenarbeit hinaus.

Diese Idee ist aber vielleicht für unsere Zwecke übertragbar:

Durch Pass und Arbeitserlaubnis privilegierte Menschen nehmen eine Arbeitsstelle an und teilen sie (inoffiziell?) mit Personen, denen diese Möglichkeit nicht offen steht, obwohl sie die gleichen Qualifikationen aufweisen.

Ziemlich gut vorstellbar ist diese Art der Arbeitsteilung bei Stellen, die sich der direkten Kontrolle bzw. Überwachung durch Arbeitnehmer*innen (und Klient*innen) entziehen: zum Beispiel Home-Office Tätigkeiten und Arbeit im Rahmen der Selbstständigkeit.

Natürlich ist die politische Arbeit gegen die Illegalisierung von Menschen und deren Arbeit

zentrales Thema, allen sollte das gleiche Recht auf Arbeit zustehen, unabhängig ihrer Nationalität und Hautfarbe. Job Sharing kann hier keine Zukunftsperspektive, die auf Gleichberechtigung hinarbeitet sein. Dennoch kann sie aktuelle Lebensrealitäten verändern und selbstbestimmtere Aufenthalte ermöglichen.

Wie die rechtliche Lage diesbezüglich aussieht muss hier offen bleiben, wenn ihr mehr dazu sagen könnt, schreibt doch bitte und ergänzt den Text. Oder gründet bei dem Netzwerktreffen eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema!

3.3 Alternative Lebensideen als Bleibeperspektive für Geflüchtete Menschen

Die linke und alternative Szene setzt sich schon lange mit alternativen Wohn- und Lebensideen auseinander. Der Wunsch, sich dem Kapitalismus zu entziehen ist omnipräsent und gleichzeitig unerfüllbar, solange das System noch besteht. Dennoch kann die subjektive Lebensrealität verändert und außerhalb der Norm experimentiert werden: Und Ideen gibt es unzählige! Das Spektrum reicht von Wohngemeinschaften über Hausprojekte und Wagenplätze hin zu abgegrenzten Kommunen. Gemeinsam haben sie vor Allem eines: Eine Alternative zu bestehenden, normativen Gesellschaftsstrukturen aufzuzeigen und vorzuleben. Wie dies gestaltet wird und in welchem Maße die Selbstbeschreibung politisch zu lesen ist, unterscheidet sich von Projekt zu Projekt.

Für die Normgesellschaft sind dieserart Lebensformen gleichzeitig unverständlich und häufig sehr unsichtbar, was vielerorts aktiv durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bekämpft wird. Genau diese Abgeschottetheit bietet aber auch einen entscheidenden Vorteil: Menschen können in ihr untertauchen, sogar für längere Zeit.

Durch solidarische Lebensgemeinschaften können Menschen vielerlei Unterstützung erfahren, abgesehen von einer (kurzzeitigen) Wohnmöglichkeit werden - je nach Projekt - Arbeit (zur Erhaltung des Gemeinsamen) und Freund*innenschaften geboten. Auch Geld verliert, zumindest bei einigen, den Stellenwert, den es in der Außenwelt einnimmt. Durch Solidarische Landwirtschaft, Containern und DIY in jeglichen Formen sind einige Gemeinschaften deutlich weniger auf die normativen Ressourcen angewiesen.

Für Menschen, die im bestehenden Asylsystem kaum eine Chance haben eröffnet sich hiermit eine kleine Möglichkeit, trotzdem in Deutschland zu leben.

Denn selbst die staatliche Exekutive hat wenig Einblick in solche Projekte und die Solidarität der Bewohner*innen untereinander verhindert die Auslieferung Einzelner.

Voraussetzung ist selbstverständlich, dass Leute sich das Wohnen in von der Gesellschaft (teilweise) abgekoppelten Sphären für sich selbst vorstellen können. Sicherlich ist dies nicht für jede*n etwas, trotzdem sollte das Angebot bestehen!

4. Politische Projekte der Zukunft?

Über Möglichkeiten der Übertragung von aktivistischen Projekten an anderen Orten nach Deutschland.

Die Ideen und Protestformen, die Menschen an verschiedensten Orten weltweit verwenden sind vielfältig. Doch trotz (theoretisch) schier unbegrenzter Möglichkeiten der Informationsbeschaffung durch das Internet finden nur selten Transfers von erfolgreichen Modellen an andere Orte statt. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die politischen Projekte langwierig und mit dem Aufbau von Bündnissen und der Kooperation mit etablierten Strukturen (z.B. Stadträten) zu tun haben. Auch wenn die erfolgreichen Blockaden von Dublin-Abschiebungen vor allem in Osnabrück in Einzelfällen lebensverändernd waren, ist es strategisch wichtig nicht nur beim Einzelfall zu bleiben, sondern langfristige Strukturen aufzubauen, in welchem ein würdige(re)s Leben von illegalisierten Menschen möglich wird. Daher soll es im Folgenden Abschnitt um größere Projekte gehen, ein Kapitel zwischen Größenwahnsinn und Visionen, politischen Alternativen gegen rechten Populismus und Strategien für eine Perspektivbildung der unterstützenden Flucht- und Migrationsarbeit.

Da sich unsere Gruppe vor allem mit dem Thema Sanctuary Cities auseinander gesetzt hat, ist dieses Kapitel sehr stadtlastig. Uns ist bewusst, dass das Konzept von Sanctuary Cities nur eine Möglichkeit von Vielen bildet und freuen uns daher an dieser Stelle besonders über Zusendungen von Utopien, Projekten und Ideen - in den Städten, auf dem Lande und überall.

4.1 Sanctuary Cities in Deutschland.

Was braucht es in diesem Staat, um eine Stadt der Zuflucht zu werden?

Wenn die Bevölkerung einer Stadt sich dagegen weigert, dass Menschen aufgrund ihres Aufenthaltstitels, also aufgrund ihrer Papiere, verfolgt und abgeschoben werden können, dann ist der Boden bereitet eine Stadt der Zuflucht, eine Sanctuary City, zu werden. Sanctuary Cities, das sind Städte, vor allem in den USA und Kanada, in denen illegalisierte Menschen de jure oder de facto nicht verfolgt werden. Diese Praxis wird in der Regel durch zwei Mechanismen umgesetzt: Städte weigern sich ihre Gelder und Ressourcen für die Umsetzung von staatlichen (Migrations-)gesetzen zu verwenden und die lokale Polizei und städtischen Behörden werden zu einer „don't check, don't ask“ Haltung angewiesen. Das heißt im Alltag: kein racial profiling (rassistische Passkontrollen an öffentlichen Orten, wie z.B. Bahnhöfen) und kein Fragen nach Pässen, wenn dies nicht zwingend notwendig ist (z.B. bei Ermittlungen bezüglich einer schwerwiegenden Straftat). Die Bezeichnung Sanctuary City hat keine legale Bedeutung, sondern beschreibt vielmehr eine politische Praxis bei welcher sich einzelne Städte bewusst dazu entscheiden sich über nationalstaatliche Gesetze hinwegzusetzen.

Den Anfang machte Los Angeles im Jahre 1979 mit folgender internen Anweisung: „Officers shall not initiate police action with the objective of discovering the alien status of a person. Officers shall not arrest nor

book persons for violation of title 8, section 1325 of the United States immigration code (Illegal Entry).“ Mittlerweile sind eine Vielzahl von Städten in USA und Kanada Sanctuary Cities. Nachdem das Konzept in Europa lange unbekannt war, wird es nun vor allem in Spanien und Deutschland (in Berlin und Hamburg gibt es bereits Bündnisse, die auf Sanctuary Cities zuarbeiten) aufgegriffen, um als linke Alternative zu Asylrechtsverschärfung und sozialer Ausgrenzung zu politischer Praxis zu werden.

Sanctuary Cities können so zu Räumen gesellschaftlicher Normalität auch für diejenigen werden, die aufgrund ihrer nicht vorhandenen Papiere in ständiger Angst vor Polizeikontrollen und möglichen Abschiebungen leben müssen. Über die Anweisung an Polizei und Behörden hinaus beschreiben Sanctuary Cities jedoch auch, dass in weiten Teile gesellschaftlichen Lebens die Teilhabe unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährt wird. Konkret bedeutet dies, dass auf dem jeweiligen kommunalen Territorium auch illegalisierte Menschen ein normales Leben führen können und weder von Schulen, Universitäten und Bibliotheken, noch von medizinischer Versorgung, Maßnahmen der Feuerwehr und Orten politischer Teilhabe ausgeschlossen werden.

Da Behörden keine Statistik dazu führen können wie viele Sans-Papiers in Deutschland leben, ist nur eine Schätzung möglich. Das Rechercheprojekt „Clandestino“ der Europäischen Union geht dabei von ca. 100.000 bis 400.000 Personen aus. Obwohl

Migration streng überwacht wird und über interne Verwaltungsgänge die Möglichkeiten von undokumentierter Arbeit fast ausschließen, gibt es dennoch viele Fälle in welchen Menschen aufgrund von praktischen und humanitären Gründen nicht abgeschoben werden und sich somit offiziell illegal in Deutschland aufhalten. Im Jahr 2015, das Jahr des Sommers der Migration, wurden ca. 890.000 Asylanträge in Deutschland gestellt. Doch über mehrfach verschärfte Asylgesetze wird ein Großteil dieser Menschen zu einem gewissen Zeitpunkt von Abschiebung bedroht sein, sei es aufgrund der Dublin Verordnung, aufgrund einer sicheren Drittstaatenregelung oder aufgrund eines sicheren Herkunftslandes bzw. eines bilateralen Abkommens. Gründe für Abschiebungen gibt es im deutschen Asylgesetz viele. Illegalisierte leben dann in einer rechtlich undefinierten Grauzone. Es gibt zwar gesellschaftliche Bereiche, in denen Menschen ohne Aufenthaltsstatus undokumentiert an Gesellschaft und Versorgung teilhaben können; dennoch sind Städte in Deutschland bisher weit davon entfernt Sanctuary Cities zu werden. Welche Bereiche bereits heute zugänglich sind oder von Sans-Papiers genutzt werden und wie ein Weg hin zu Sanctuary Cities aussehen könnte, soll dabei im Folgenden erläutert werden.

Insbesondere im medizinischen und schulischen Bereich gibt es Grund zur Hoffnung. Ganz generell gilt in medizinischen Notfällen eine sehr hilfreiche Regelung: seit 2009 werden aufgrund der Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz die Daten

von Menschen, die ohne Aufenthaltsgenehmigung zur Behandlung direkt ins Krankenhaus gehen nicht mehr an Behörden übermittelt. Gesundheitsämter hingegen sind „übermittlungspflichtig“. Das bedeutet, dass Betroffene so lange nicht zum Arzt gehen können, bis sich ihr Gesundheitszustand stark verschlechtert, sodass sie einen Notfall darstellen. Eine Ausnahme dafür bilden die sogenannten Medi-Büros, bei welchen Ärzt_innen auf freiwilliger Basis kostenfreie Behandlung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus anbieten, eine Versorgung die insbesondere für schwangere Frauen, Kinder und ältere Menschen grundlegend notwendig ist. Für Schulen und Kitas wurde 2011 die Übermittlungspflicht abgeschafft – es muss von den verantwortlichen Erzieher_innen und Lehrkräften nicht mehr gemeldet werden, wenn ein Kind ohne Papiere angemeldet wird oder die Einrichtung besucht. Allerdings fehlt in den Landesgesetzen eine Formulierung zum Anspruch auf Bildung dieser Kinder, was dazu führt, dass Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Kindertagesstätten oftmals den Höchstsatz zahlen müssen, da sie keine Verdienstbescheinigung vorlegen können. Es sei denn, die Kita erklärt sich bereit das Kind ohne Bezahlung oder zu einem geringeren Preis aufzunehmen...

Über diese rechtlichen Möglichkeiten hinaus, gibt es natürlich auch Strukturen, die von Sans Papiers selbst organisiert sind. Egal ob undokumentierte Arbeit, Job-Sharing oder solidarische Netzwerke: es gibt Strukturen über welche sich auch Menschen, die weder Steuernummer noch Girokonto besitzen unter

prekärsten Bedingungen einen Lebensunterhalt bestreiten können. Diese Strukturen sind natürlich in einem modernen Staat wie Deutschland unerwünscht und drohen aufzufliegen, wirklich langfristige Planungssicherheit ist daher ein nahezu unerreichbares Gut.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Funktion solcher solidarischer Netzwerke außerhalb der Organisation von Arbeit: Wohnung, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, seelische Unterstützung – über solidarische Familien- und Freundschaftsbeziehungen werden viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens organisiert ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Vielfach erwächst aus dieser Gemeinschaft auch ein politisches Selbstverständnis, das sich wiederum in öffentlichen Protestformen wie Märschen, Besetzungen, Kampagnen und Demonstrationen zeigt. Die Kampagne „kein Mensch ist illegal“, die Besetzung des Oranienburgplatzes oder Lampedusa in Hamburg sind nur einige Beispiele von vielen und zeigen, dass Menschen auch unabhängig von einer Staatsbürgerschaft politische Subjekte, die sich ihr fundamentalen Rechte und Menschenwürde einfordern, sind und bleiben.

Natürlich liegt das alles am System, an den Rahmenbedingungen, die unser gesellschaftliches Zusammenleben strukturieren – Asylgesetze können ohne die Betrachtung wirtschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse nicht gedacht werden. Kapitalismus ist die Suppe, Grenzen und Migrationskontrolle das Salz. Und natürlich ist es

wichtig, die großen Fragen nicht aus dem Blick zu verlieren. Wenn es jedoch um den Support von Menschen in der Lebenswelt des 21. Jahrhunderts, den Städten, geht, dann kann eine Fokussierung auf die kommunale Ebene hilfreich sein, um aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus wieder handlungsfähig zu werden. Die Frage, die sich dann ergibt ist: Was müsste gegeben sein, um auf kommunaler Ebene einen Zustand gleicher Rechte und Chancen, gleicher Teilhabemöglichkeiten unabhängig von Aufenthaltsstatus und Papieren zu erreichen?

Auf der Konferenz kann es Raum für die Diskussion dieser Bedingungen geben, zwingend notwendig sind von unserer Seite aus die folgenden: Möglichkeiten politischer Teilhabe auf kommunaler Ebene, eine don't check don't ask Politik der Polizei und der Behörden, Bildungsmöglichkeiten für Alle: offene Universitäten und freie Schulen, Bibliotheken, die Nutzungsausweise auch für Menschen ohne Papiere ausstellen, die Möglichkeit eine Ausbildung anzufangen, kostenloser oder solidarischer öffentlicher Nahverkehr, Foodsharing und solidarische Küchen uvm. Kurz: wir müssen auf lokaler Ebene Verhältnisse schaffen, die ein Spiegelbild der Gesellschaft sind, zu welcher wir gelangen wollen. Dass Kapitalismus dabei noch nicht abgeschafft ist und Rassismus ein Thema bleibt, was weiterhin thematisiert werden muss ist und bleibt ein offensichtliches Faktum. Beim Thema Sanctuary Cities geht es jedoch viel eher um pragmatische Handlungsmöglichkeiten als um die großen Fragen politischer Theorie.

Eine weitere Frage, die wir uns daher stellen, ist: was könnten nächste Schritte sein, die uns solchen

Verhältnissen näher bringen? Inwiefern müssen wir uns auf parlamentarischer und aktivistischer Ebene vernetzen? Die Stadträte mit eigenen Personen besetzen oder zumindest über Lobbyarbeit beeinflussen und gleichzeitig die Realitäten schaffen zu denen wir hinwollen: Netzwerke der Solidarität und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir brauchen Informationsveranstaltungen zu dem Konzept die mit gleichzeitigen Ausarbeitungen für unsere konkreten Städte verbunden sind: Wir brauchen eine fundierte rechtliche Analyse der Rahmenbedingungen des politischen Systems unter welchem insbesondere die don't check don't ask Politik gesellschaftlich akzeptiert würde und welche aufzeigt, dass Kommunen weiterhin Spielräume haben. Wir brauchen Ideen und den Willen zur Umsetzung dieser. Wir brauchen starke linke Bündnisse, die sich unabhängig von ideologischen Differenzen zu diesem Thema verbünden, um damit Verhältnisse zu schaffen, die wieder mehr Freiräume eröffnen. Wir brauchen öffentliche Orte, an denen diskutiert und gestritten werden kann, stillschweigende Annahmen überprüft und Konsense gefunden werden können. Kurzum: wir könnten die Frage, wem die Stadt eigentlich gehört wieder öffentlich diskutieren und dabei nicht nur Szenebedürfnisse bedenken, sondern versuchen die Organisation einer solchen vom Kopf auf die Füße zu stellen.

4.2 Kommentar zu Sanctuary Cities

Die Migrationsbewegung der 1980er Jahre aus den mittelamerikanischen Kriegszonen in die USA und die Abwehr der Flüchtigen unter Reagan weist erstaunliche Parallelen auf zu den heutigen Migrationsbewegungen nach Europa. In den Vereinigten Staaten entstand damals eine starke Bewegung zur Unterstützung der Flüchtigen, das Sanctuary Movement. Angesichts des Versagens der europäischen Migrationspolitik ist es angemessen, an diese Bewegung zu erinnern.

Durch den Dirty Deal mit der Türkei und die Aufrüstung der Balkangrenzen wurde die Immigration nach Deutschland effektiv begrenzt.⁷ Zur Zeit schaffen es nur noch um die 100 Menschen täglich, bis nach Österreich durchzukommen.⁸ Merkel und EU-Kommission sind voll auf die Linie der Visegrád-Staaten eingeschwenkt. Das ist nicht nur an der bevorstehenden Dublin-IV-Reform abzulesen, die nicht anders denn als „Ausstieg aus dem Flüchtlingsschutz“ bezeichnet werden kann,⁹ sondern mehr noch an dem Abkommen mit Afghanistan vom 5. Oktober, gemäß welchem die Abschiebung von Migrantinnen zurück in die afghanischen Kriegszonen vorgesehen ist.¹⁰

⁷ <http://moving-europe.org/idomeni-im-winter/>

⁸ <http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php>

⁹ Maximilian Pichl, Dublin IV: Europäischer Asylausstieg, Blätter f. Deutsche und Internationale Politik 10/2016, S.9

Die Hauptroute der Migration hat sich auf das zentrale Mittelmeer verlagert, um den Preis von bislang 3604 Toten in diesem Jahr.¹¹ Da die Abschottung der Alpenpässe funktioniert und die Relocation hinausgezögert wird stauen sich die Migrantinnen in den italienischen Hot Spots und vor den Grenzen. Ein Deal mit Ägypten und die Militarisierung der libyschen Küsten werden die nächsten Schritte sein, um auch diese Route abzuriegeln.

In Deutschland ist absehbar, dass die Zahl der Ausreisenden die Zahl der Ankommenden schon bald übertreffen könnte. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurden 16.500 Menschen abgeschoben und 35.000 verließen das Land „freiwillig“. Monatlich werden derzeit noch 16 - 17.000 Asylanträge registriert.¹² Die Ankerkennungsroute liegt bei Migrantinnen aus Syrien und Eritrea über 90%, aus dem Irak noch bei 74%, aus Afghanistan aber nur noch bei 44% , da die Kriegszonen in Westasien inzwischen als „sichere Drittstaaten“ definiert werden.¹³ Die Politik sieht sich unter dem Druck des Populismus veranlasst, die Quote der Abschiebungen weiter zu erhöhen und will Transall-Maschinen, mit Migrantenfamilien gefüllt, jenseits der regulären Flüge in Afghanistan landen lassen. Viele,

¹⁰ <http://ffm-online.org/2016/10/07/europe-makes-deal-to-send-afghans-home-where-war-waits-them/>

¹¹ <http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php>, Aufruf 07.10.2016

¹² Zu den Zahlen siehe <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html>

deren Antrag abgelehnt wird und die keine Duldung erhalten, tauchen ab in die Gruppe der Sans Papiers, deren Anzahl im letzten Jahr auf 180 bis 520.000 geschätzt wurde.¹⁴

Es ist nun höchste Zeit für eine Gegenreaktion aller, die Abschiebungen in die Kriegszonen empörend finden und die mit uns der Meinung sind, dass Migrantinnen nicht zum Spielball schmutziger Abkommen gemacht werden dürfen. Sie sind keine Manövriermasse, sondern Menschen, die es über die Balkanroute oder das Mittelmeer unter Aufbietung aller Kräfte hierher geschafft haben. Wir haben die Menschen auf der Route und bei ihrer Ankunft nach Kräften unterstützt und es ist nun unsere Aufgabe, gemeinsam mit ihnen ein faktisches Bleiberecht durchzusetzen. Die Voraussetzungen für eine solche Gegenreaktion der Anständigen sind eigentlich nicht schlecht, denn knapp die Hälfte der Deutschen findet „Willkommenskultur“ und ein buntes Leben richtig und will sich vom Populismus nicht dumm machen lassen. Wir halten am Ethos der Mitmenschlichkeit fest, und auch der Papst ist auf unserer Seite.

¹³http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201608-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile

¹⁴http://irregular-migration.net/fileadmin/irregular-migration/dateien/4.Background_Information/4.5.Update_Reports/Vogel_2015_Update_report_Germany_2014_fin-.pdf

Es scheint also jetzt der richtige Zeitpunkt zu sein, sich des *Sanctuary Movements* zu erinnern, welches sich in den USA in den 1980er Jahren entwickelt hat. Damals flohen fast 1 Millionen Menschen aus den Kriegszonen Mittelamerikas, vor allem aus El Salvador und Guatemala, über die US-amerikanische Grenze. Die Regierung Reagan unterstützte die Contras in Nicaragua, das Militär in El Salvador und die mordenden Paramilitärs in Guatemala – und sie verweigerte den Flüchtigen aus dieser Region das Asyl – mit Anerkennungsraten unter 3 Prozent. Viele wurden trotz aller Proteste eingesperrt und abgeschoben. Einem einzigen Mann aus Guatemala wurde 1984 in den Staaten Asyl gewährt.¹⁵

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das Sanctuary Movement an der Grenze zwischen Mexiko und Arizona, aber auch in Chicago, Philadelphia, Californien und Texas.

In 1980, Jim Corbett, Jim Dudley, John Fife and other residents of Tucson, Arizona, began providing legal, financial and material aid to Central American refugees. As Corbett recounts, the tradition of his Quaker faith and its involvement in the Underground Railroad compelled him to take action. Gary Cook, associate pastor of the Central Presbyterian Church in Massillon, Ohio, cited the simple experience of personal interaction: „We’re a very conservative group of folks politically. But once we encountered the refugees face to face, we couldn’t justify not taking them in.“

¹⁵https://en.wikipedia.org/wiki/Sanctuary_movement

Das Sanctuary Movement wurde im Kern durch mehr als 500 Kirchengemeinden getragen – unter ihnen „Lutherans, United Church of Christ, Roman Catholics, Presbyterians, Methodists, Baptists, Jews, Unitarian Universalists, Quakers, and Mennonites“.¹⁶ Die Kirchen sind auch heute für uns wichtige Verbündete. Wir übersehen nicht, dass zum Beispiel die Malteser, und viele andere, bei der Unterstützung der Migrantinnen einen bedeutenden Beitrag leisten. Das Kirchenasyl hat viele Flüchtlinge gerettet. Hier in Deutschland ist allerdings auch die „Zivilgesellschaft“ gefordert, die den Schutz der elementaren Menschenrechte, auch das elementare Recht auf Migrationen, und Mitmenschlichkeit auf ihre Fahnen schreibt.

Aus dem Sanctuary Movement entwickelte sich in den Vereinigten Staaten und in Kanada im Lauf der Jahre ein Trend, der auf einem Zusammenwirken von örtlichen Initiativen und Stadtverwaltungen beruhte und der in die Gründung von *Sanctuary Cities* mündete. Es gibt etwa 300 Cities, Counties und States, die die Festnahme und Ausweisung von Migrantinnen durch die Bundesbehörden nicht unterstützen, darunter Weltstädte wie Los Angeles und New York, Houston und Toronto.¹⁷ Dort haben die City Councils beschlossen,

dem rassistischen Strom der Politik nicht zu folgen, Migrantinnen ohne Papiere nicht mehr zu verfolgen, ihre Papiere nicht zu kontrollieren, ihre Kinder zu beschulen, sie bei Krankheit zu unterstützen und sie bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit nicht zu behindern. Hier die Definition bei Wikipedia:

A sanctuary city is a city in the United States or Canada that adopts local policies designed to not prosecute people solely for being an illegal alien in the country in which they are currently living. These practices can be by law (de jure) or they can be by habit (de facto). The term generally applies to cities that do not allow municipal funds or resources to be used to enforce national immigration laws, usually by not allowing police or municipal employees to inquire about an individual's immigration status. The designation has no legal meaning.¹⁸

In Barcelona fordert die Stadtregierung unter Bürgermeisterin Ada Colau die Bildung eines europäischen Netzwerks von rebellischen sanctuary cities: Auch in Deutschland wird durch eine Vielzahl von Solidaritätsinitiativen die Überwindung von Grenzen, Unterschieden und Hierarchien alltäglich praktiziert.¹⁹

¹⁶Alle Zitate aus Wikipedia, siehe FN 9

¹⁷<http://cis.org/Sanctuary-Cities-Map> (Das CIS ist diesen Städten feindlich gesonnen, führt aber eine stets aktualisierte Liste. Der dort behauptete Anstieg der Kriminalität in den Sanctuary Cities wurde bereits in zahlreichen Untersuchungen widerlegt.)

¹⁸https://en.wikipedia.org/wiki/Sanctuary_city

¹⁹BAUDER, MEZZADRA, in Zeit Online 04.08.2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/offene-grenzen-keine-grenzen-migration>. Harald Bauders Buch *Migration, Borders, Freedom*, ist soeben bei Routledge erschienen. Eine Rezension an dieser Stelle ist vorgesehen.

Sicherlich sind die Rahmenbedingungen andere als in den USA, wo die kommunalen Verwaltungen und die States eine größere Autonomie genießen als in Europa. Aber auch dort ist die de-facto-Situation wichtiger als die Rechtslage. Und es besteht auch hier ein kommunaler Gestaltungsraum. Das politische Klima in einer Stadt in einer Stadt ist entscheidend: Toleranz, Respekt vor anderen Kulturen und Lebenswegen, Verzicht auf staatliche Gewaltakte und Polizeikontrollen würde jeder Stadt die auf sich hält gut zu Gesicht stehen.

Wir sehen eine Chance, dass „Sanctuary City“, „Welcome City“, Stadt des Asyls und des Bleiberechts auch in Europa, von Barcelona bis Hamburg und von Calais bis Berlin, zu einem Begriff wird, der von den Migrantinnen und den Unterstützern, den Kirchen und den Initiativen mit Leben gefüllt werden muss. Zum Teil sind die Schulen bereits auf gutem Weg,²⁰ es gibt das Kirchenayl, es gibt Migrantenmedizin und medibüros, Unterstützergruppen und vereinzelt Squats, und es gibt seitens der Polizei bisweilen schon eine gewisse Toleranz gegenüber migrantischen Reproduktionszusammenhängen. All dies könnte sich

20<https://mediendienst-integration.de/migration/sans-papiers.html> 2011 wurde für Schulen und Kitas die Übermittlungspflicht abgeschafft – es muss den Behörden also nicht mehr mitgeteilt werden, wenn ein Kind ohne Papiere angemeldet wird. Allerdings fehlt in den Ländergesetzen bislang eine Formulierung zum Anspruch auf Bildung dieser Kinder. Und irreguläre Migranten müssen für ihre Kinder in Kindertagesstätten oftmals den Höchstsatz zahlen, da sie keine Verdienstbescheinigung vorlegen können.

gegenseitig stärken und verdichten – und das wäre die richtige Antwort auf das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik.

4.3 Alarm Phone Deutschland Watch the Med auf terrestrischem Raum?

Selten hat es in der Geschichte von Projekten, bei welchem Menschen mit Privilegien, aus denen Zeit, Ressourcen, Wissen und relative Macht erwachsen, in der Unterstützung von Menschen auf der Flucht so durchschlagenden Erfolg gehabt wie beim Watch the Med Alarmphone. Watch the Med, das ist eine international geschaltete Telefonnummer, die im Falle einer Seenot angerufen werden kann. Am anderen Ende der Leitung sitzen dann Personen, die auf der ganzen Welt verteilt sind und rufen wiederum die zuständige Seenotrettung an und setzen diese so lange unter Druck, bis das Schlauchboot, welches gerade Schiffbruch erleidet, rettet. Die Nummer des WtM Alarmphones ging im Sommer 2015 durch alle selbstorganisierten Netzwerke von flüchtenden Menschen und wurde über viele weitere Kanäle geteilt. Ein Nebenprodukt des Projekts ist eine umfassende Chronik, ein Archiv von Whatsapp Unterhaltungen, welches kürzlich in der Publikation „One Year Alarmphone“ veröffentlicht wurde.

Inspiziert und beflügelt von diesen Erfolgserlebnissen und vielleicht auch ein kleines bisschen großwahnsinnig gab es daraufhin in den vergangenen Monaten immer wieder Diskussionen

darüber, ein ähnliches System auch für den ländlichen Part der sogenannten Balkanroute aufzubauen. Aus Gründen der Verantwortung wurde aus der Idee eines Alarm Phones ein Info Phone, aufgrund mangelnder Ressourcen der lokalen Strukturen wurde die Idee letztendlich leider als nicht umsetzbar begraben. Denn wer soll aktiv werden, wenn in Bulgarien Menschen von der Polizei oder mit dieser kooperierenden Privat Border Guards ausgeraubt und misshandelt werden? Wie soll geholfen werden, wenn Menschen auf ihrer Wanderung durch die mazedonischen Berge die Orientierung verloren haben, jeder Kontakt mit Menschen jedoch zu einem Push-Back nach Griechenland führen kann? Was soll auf die Frage wie es nach Serbien weitergehen kann und welcher Weg besser sei – Ungarn oder Kroatien – geantwortet werden? All diese Fragen waren zu groß, um von den relativ marginalisierten Strukturen vor Ort getragen werden zu können. Denn letztendlich ist in so komplexen Umgebungen wie die einer ländlichen Route local knowledge notwendig, um wirklich hilfreiche Auskünfte geben zu können.

Doch was passiert, wenn so ein Telefonsystem auch für Länder des globalen Nordens gedacht wird? In Deutschland gibt es eine Vielzahl an Unterstützer_innen, Organisationen, Institutionen, Beratungsstellen und Informationsnetzwerken. Ein Angebot, dass selbst für Muttersprachler_innen überwältigend und undurchsichtig scheinen kann. Gleichzeitig wird in vielen Gegenden Deutschlands die Strategie gefahren, Menschen eben nicht dezentral in Wohnungen einer Stadt unterzubringen, sondern sie in

abgelegenen Lagern unterzubringen. Wäre eine Telefonnummer, welche Menschen anrufen könnten, um nach Hilfe zu fragen hilfreich? Was würde passieren, wenn es eine Telefonnummer in Deutschland gäbe, bei welcher Menschen, die von Abschiebung bedroht sind anrufen könnten und die diese dann mit Supportgruppen in ihrer Nähe vernetzt? Wie viel persönliche Rechtsberatung und Informationsauskunft kann so eine Telefonnummer bieten? Was könnten Menschen, die am anderen Ende der Leitung sitzen tun wenn sie im Fall von rechten Gewalttaten und rassistischen Übergriffen aktiv werden müssten? Inwiefern könnte Übersetzungshilfe über solch eine Telefonnummer geschehen? Was wären Chancen und Grenzen einer solchen Struktur? Wer wäre die Zielgruppe und wen würde eine solche Telefonnummer eher gefährden?

All diese Fragen sind es vielleicht einmal Wert gedacht und diskutiert zu werden. Denn die Entscheidung für oder gegen den Aufbau einer solchen Struktur kann nur von einem Netzwerk von Menschen getroffen werden, das viele verschiedene Perspektiven bedenkt. Rein technisch zeigt das Watch the Med was möglich ist – ein umfangreiches Wiki, auf das Supporter_innen zugreifen können in Verbindung mit einem Satellitentelefon, das Schichtweise mit unterschiedlichen Telefonnummern vernetzt werden kann. Die Frage ist nur, wie solch eine Struktur organisiert werden könnte – und ob dies überhaupt sinnvoll ist.